

Lohn eines arbeitsamen Lebens bis an sein Ende im Herzen tragen werde. Als der Fürst mit seiner Familie Abends abfuhr, sang die Menge auf dem Bahnhof das Lied „Deutschland, Deutschland über Alles!“ Am 21. ist der Reichskanzler, der inzwischen noch seinen Stammsitz Schillingsfürst besucht hatte, in Berlin wieder eingetroffen.

Auch dem Landwirtschaftsminister

Freiherrn v. Hammerstein-Logten

wurde in Hannover als dem seitherigen Landschaftsdirektor der Provinz am 20. eine Abschiedsfeier bereitet, welche der Niedersächsische Kanalverein und der Ausschuss für den Mittellandkanal veranstaltet hatte. Der Minister erklärte, er werde auch ferner die Bestrebungen für die Wasserstraßen eifrig fördern, und betonte mit Nachdruck, daß Industrie und Landwirtschaft im deutschen Vaterlande mit vereinten Kräften dem gemeinsamen Ziele, dem Wohle des Ganzen zustreben müßten.

Der Bundesrath

hat am 22. November eine Plenarsitzung abgehalten und die Gesetzentwürfe, welche bestimmt sind, der Propaganda des Umsturzes Schranken zu ziehen, dem zuständigen Ausschusse überwiesen. Es handelt sich dabei um drei Entwürfe, welche Aenderungen und Ergänzungen des Strafgesetzbuches, des Militär-Strafgesetzbuches und des Gesetzes über die Presse betreffen. Die Entwürfe des Staats des Reichs-Eisenbahnamts, des Rechnungshofes und der Verwaltung der Eisenbahnen für 1895/96 wurden genehmigt. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ bringt die Nachricht, daß nach dem augenblicklichen Stande der Staatsberatung im Bundesrath das Plus an Matrikularbeiträgen gegenüber den Ueberweisungen an die Einzelstaaten etwa 34—35 Millionen betragen werde.

Vom 19. bis 21. November hat im

Reichsversicherungsamt

eine Konferenz von Vertretern der Landesversicherungsämter und der Invaliditäts- und Altersversicherungsanstalten getagt. Am 20. ist im Reichsamt des Innern eine Konferenz von Kommissaren des Reichsamts des Innern, des Reichsjustizamts, des Reichsbankpräsidiums und des preussischen Handelsministeriums zusammengetreten, um sich über die Formulierung der

Börseureform

zu verständigen.

Der Erbgroßherzog von Sachsen-Weimar

ist in der Nacht zum 21. November gestorben. Erbgroßherzog Karl August, der einzige Sohn des regierenden Herzogs, hatte am 31. Juli dieses Jahres sein 50. Lebensjahr vollendet und weilte seit Ende vorigen Monats an der Riviera, um daselbst Heilung von einem schweren Nierenleiden zu suchen. Sein Hingang wird im Lande tief beklagt, da er, mit gradem soldatischen Sinne und echter thüringischer Leutseligkeit ausgestattet, der Liebling des Volkes war, und sich besonders durch sein Interesse für die Landwirtschaft auszeichnete. In der preussischen Armee bekleidete er den Rang eines Generals der Kavallerie; den Krieg von 1870/71 hat er als Rittmeister beim Stabe des Kronprinzen mitgemacht. Der erbgroßherzogliche Titel geht auf seinen ältesten Sohn, den am 10. Juni 1876 geborenen Prinzen Wilhelm Ernst über, welcher gegenwärtig das Gymnasium in Kassel besucht.

Aus dem Auslande.

Die Leiche

Kaiser Alexanders III. von Rußland

hat nunmehr ihre letzte Ruhestätte gefunden. Am Montag, den 19. November, Vormittags, fand eine feierliche Trauermesse statt, bei der aller Pomp des russischen Kaiserhauses und der griechisch-orthodoxen Kirche entfaltet wurde. Zahlreiche auswärtige Souveräne und Vertreter sämmtlicher Staaten wohnten der Trauerfeier bei. Als Vertreter unseres Kaisers war Prinz Heinrich zugegen. Auch Abordnungen der deutschen Regimenter, deren Chef der verstorbene Zar gewesen war, beteiligten sich an der Leichenfeier. Nach Beendigung der Messe wurde dann der Sarg in die Gruft gesenkt, und Kaiser Nikolaus wurde nun zum ersten Male von den Truppen mit Musik und von der großen Menschenmenge mit brausenden Hochrufen empfangen.

In Oesterreich

herrscht Zwiespalt unter den Parteien wegen der Wahlreform. Die Polen haben beschlossen, auf Schaffung einer fünften Wahlkurie zu beharren, in der das allgemeine unmittelbare Wahlrecht außer den industriellen Arbeitern auch denjenigen zuerkannt werden soll, die irgend welche direkte Steuern zahlen und die Volksschule besucht haben. Ueber diese Forderung ist aber eine Einigung nicht erzielt worden, da insbesondere der konservative Hohenwartklub einer Ausdehnung des Wahlrechts in diesem Sinne lebhaft widerspricht. Auch die Regierung soll diesem Plane nicht sympathisch gegenüberstehen, sondern selbständig ein Wahlreformgesetz

ausarbeiten, auf dessen Annahme sie bestehen will. Da die Angelegenheit bald nach Neujahr erledigt werden soll, so darf man gespannt sein, ob sich bis dahin noch eine Einigung wird zu Stande bringen lassen.

Die Alttschechen, die sich mehrere Jahre vom parlamentarischen Leben fern gehalten hatten, wollen jetzt auch wieder darin eingreifen, indem sie beschlossen haben, für die Landtagswahl eigene Kandidaten aufzustellen.

In

Ungarn

steht die Frage der kirchenpolitischen Gesetze immer noch obenan. In Stuhlweissenburg hat ein von 15 000 Personen besuchter Katholikentag stattgefunden, auf dem u. A. eine Resolution angenommen worden ist, die eine Bitte an den König enthält, den kirchenpolitischen Vorlagen die Sanktion zu versagen. Diese Angelegenheit wurde im Abgeordnetenhaus zur Sprache gebracht. Ministerpräsident Beklerle erklärte auf eine dahingehende Interpellation, er sei der festen Ueberzeugung, daß die Sanktion erfolgen werde. Die Zeit zu einer Bitte an die Krone um Beschleunigung sei aber noch nicht gekommen.

Großes Aufsehen hat eine Rundreise Franz Kossuths, eines Sohnes des vor kurzem verstorbenen ungarischen Revolutionärs, hervorgerufen. Als er sich in einer politischen Rede in Debreczin in mehr als gewöhnlichen politischen Taktlosigkeiten erging und fast unumwunden zur Revolution aufforderte, wurde die Regierung im Abgeordnetenhaus interpellirt, und es ist nach den Erklärungen der Minister anzunehmen, daß dem Unfug jetzt kräftig entgegen getreten werden wird.

In

Belgien

ist der Repräsentantenkammer von der Regierung eine Reihe von Gesetzentwürfen vorgelegt, so über die Arbeitskontrakte und die Unfallversicherung bei den Sparkassen der Bergarbeiter, über die Aenderung des Gesetzes über den Gewerbe- und Arbeitsrath, über die Gemeindevahlen. Ferner brachte die Regierung einen Antrag betreffend die gleichmäßigere Vertheilung der militärischen Lasten ein.

In

Frankreich

hat sich eine Spaltung in der Arbeiterpartei vollzogen: die Allemanisten haben sich von der sozialistischen Kammergruppe feierlich losgesagt. In der Deputirtenkammer regnet es Interpellationen auf die Regierung über Sachen, für die sie unmöglich verantwortlich gemacht werden kann. Die Regierung lehnt denn auch für gewöhnlich jede Verantwortung ab und erhält dann ein Vertrauensvotum.

Gegen Madagaskar wird nach wie vor kräftig gerüstet, nur fürchten einsichtige Kolonialpolitiker, daß die ausgeworfene Summe — 65 Millionen Franks — bei weitem nicht ausreichen werde.

In

Italien

wird zur Erzielung von Ersparnissen mit der Reorganisation der Behörden vorgegangen. Nach einer königlichen Verordnung soll die Zentralfinanzverwaltung von Grund aus reorganisiert werden. Daher wird ein Drittel des Beamtenpersonals dieser Verwaltung auf Wartegeld gesetzt. Es soll hierdurch eine Ersparnis von fast 3 Millionen Lire erzielt werden.

Auf

Lombos

haben die Holländer durch energisches Vorgehen bedeutende Erfolge errungen. Die Stadt Djakra Negara wurde von ihnen von fünf Bataillonen in vier Kolonnen angegriffen und trotz heftigsten Widerstandes des Feindes erobert. Die Verluste der Holländer betragen 29 Tode und 112 Verwundete, die der Balinesen sollen sehr beträchtlich sein. Bei der Eroberung der Stadt sind sämmtliche Feinerzeit bei dem Ueberfall verlorene Geschütze wiedergewonnen worden. Der Radsjah, sein Sohn und Enkel sind gefangen genommen, im Palast des Radsjah sind zahlreiche Kostbarkeiten gefunden worden.

Vom Kriegsschauplatz in

Ostasien

ist zu berichten, daß die Nachricht von der Einnahme von Port Arthur, in der That verfrüht gewesen ist, doch lauten die Nachrichten für die Japaner fortgesetzt günstig, und es ist wohl sicher, daß Port Arthur sowohl nach der See- wie nach der Landseite von jedem Verkehr abgeschnitten ist. Die Einnahme dieses Hafens ist daher nur eine Frage der Zeit. Die erste japanische Armee hat auf ihrem Vormarsch nach amtlicher Meldung am 18. d. M. Hsinhen, das von angeblich 20 000 Chinesen besetzt war, erobert.

In

Brasilien

hat der neue Präsident Moraes sein Amt angetreten, doch scheint es, als ob die Aufständischen sich wieder lebhaft rühren wollten. So erklärte Admiral da Gama, die Aufständischen würden die Präsidentschaft Moraes nicht anerkennen. Er stehe mit 7000 Mann an der Grenze und werde in wenigen Wochen seine Operationen beginnen.